

# Im Netz sind Kinder sexuellen Übergriffen ausgeliefert

Die Kriminalität verschiebt sich zusehends ins Internet. Auch Pädosexuelle agieren vermehrt digital. Eine Grossrätin fordert deshalb eine kantonale Meldestelle.

von Andri Nay

Die Warnung von Adebar, der Fachstelle für sexuelle Gesundheit und Familienplanung, war deutlich im letzten Mai: An der Oberstufe sei es üblich, dass Jugendliche Bilder von Penispenissen oder andere sexualisierte Anfragen erhalten, aber auch eine grosse Mehrheit der elfjährigen Mädchen würde heute bereits von solchen Erlebnissen berichten. Trotzdem sind gerade einmal zwei Fälle von diesem sogenannten Cybergrooming in der Bündner Kriminalstatistik 2021 ausgewiesen (Ausgabe vom 29. März). Barbara Hubschmid, Chefin der Bündner Kriminalpolizei, warnte: «Die Dunkelziffer im Cyberbereich wird als sehr hoch eingeschätzt.»

Das Verschicken von Penisbildern an Minderjährige ist strafbar (siehe Kasten). Wie lässt es sich dann erklären, dass es nur zwei erfasste Straftatbestände im letzten Jahr im Kanton gab? «Viele schämen sich und möchten nicht zur Polizei gehen», so Hubschmid.

## Meldestelle soll helfen

Darin erkennt auch die Davoser Grossrätin Valérie Favre Accola (SVP) das Problem. «Kinder und Jugendliche brauchen einen Zugang zu einer niederschweligen Online-Meldestelle», fordert sie. Deshalb reichte Favre Accola in der Dezembersession eine parlamentarische Anfrage ein und skizzierte einen Lösungsvorschlag: eine kantonale Meldestelle in Form einer Website und niederschwellige Anlaufstellen an allen Schulen im Kanton.

Anfang März hat Favre Accola Antwort von der Regierung erhalten. Diese sieht eine Meldestelle nicht als zielführend an und verweist auf eine bereits existierende Stelle des Bundes. Favre Accola ist mit dieser Antwort jedoch nicht zufrieden. «Die Meldestelle des Bundes ist alles andere als eine niederschwellige», entgegnet sie. Die Website, auf der Fälle gemeldet werden können, sei allgemein auf Cyberdelikte und nicht speziell auf Cybergrooming ausgelegt. «Es braucht viele Klicks, bis man endlich auf dem richtigen Formular ist. Für Kinder und Ju-



Gefahr im Netz: Über das Handy können Kinder und Jugendliche von Täterinnen und Tätern leicht «eingeschmeichelt» werden.

Bild Christof Schuerpf / Keystone

## Strafbarkeit Cybergrooming

Cybergrooming kommt von dem englischen Wort für «Einschmeicheln». Es beschreibt das Phänomen, wenn Erwachsene im Internet mit Jugendlichen oder Kindern in Verbindung treten, um einen späteren Missbrauch vorzubereiten. Gemäss heutiger Geset-

zelage macht sich ein Täter nur in **folgenden drei Fällen strafbar**: Erstens, wenn er das Kind mit pornografischen Texten oder Abbildungen konfrontiert, das Kind zur Vornahme sexueller Handlungen an sich selber verleitet und dabei – etwa mittels einer Livecam

– zuschaut. Zweitens, wenn die erwachsene Person das Kind in eine sexuelle Handlung einbezieht, indem er sexuelle Handlungen vor dem Kind vornimmt beziehungsweise das Kind diese wahrnimmt, ohne dass es zu einem körperlichen Kontakt zwischen Tä-

ter und Opfer kommt. Oder drittens, wenn dem Vorschlag für ein Treffen konkrete Handlungen folgen. Etwa, indem der Täter am vereinbarten Treffpunkt erscheint. Allein die Kontaktaufnahme, um einen Missbrauch vorzubereiten, ist indes nicht strafbar. (nan)

gendliche ist das kaum zu bewältigen.»

Favre Accola schwebt vor, dass sich betroffene Kinder an ihrer Schule an eine Ansprechperson wenden können. «Diese Aufgabe kann zum Beispiel die Sozialarbeit bestens wahrnehmen», sagt die Grossrätin. Sprich, jede Schule hat eine definierte Anlaufstelle, wo zumindest an gewissen Tagen die Schulsozialarbeit anzutreffen ist. Auf diese können die Kinder im Fall eines Cybergrooming-Vorfalles vertraulich zugehen und sich beraten lassen.

## Fälle sichtbar machen

Mit ihrer Anfrage will Favre Accola zuerst einmal das Phänomen im Kanton erfassen. Sie will wissen, wie viele Fälle es gibt und welchen Schweregrad diese haben. «Basierend darauf können dann die zuständigen Stellen einen effizienten Massnahmenkatalog erarbeiten, um den digitalen Kinderschutz zu optimieren», so Favre Accola. Das Problem dabei: Stand heute haben nur 41 Prozent der Bündner Schulen Zugang zu Sozialarbeit – vor allem ländliche Regionen sind schlechter gestellt, wie eine Studie des Kantons zutage förderte.

Doch Favre Accola will sich nicht so einfach abspesen lassen. Sie will hartnäckig bleiben. In der Aprilsession wird das Parlament ihre Anfrage besprechen. Danach wird die Grossrätin das Gespräch mit den zuständigen Regierungsräten suchen. Sollte das nichts ergeben, will sie einen Folgeauftrag einreichen. «Ich bin mir sicher, dass die Forderung einer zentralen Meldestelle für Cybergrooming im Grossen Rat durchkommt.»

## Beitrag für die Forschung

Auf dem Areal der Hochgebirgsklinik in Davos Wolfgang soll schon bald ein neues Forschungsgebäude entstehen. Für das Projekt «Realisierung Forschungsgebäude II» der Kühne Real Estate AG sind Gesamtkosten von 19,95 Millionen Franken veranschlagt. Wie aus einer Medienmitteilung hervorgeht, wird sich der Kanton Graubünden mit 3,2 Millionen Franken am Projekt beteiligen. Die Zahlung des Kantonsbeitrags erfolge auf Basis der gesetzlichen Grundlage «systemrelevante Infrastrukturen», heisst es in der Mitteilung weiter. Auch die Gemeinde Davos wird einen Teil der Gesamtkosten tragen, namentlich 650 000 Franken. Mit dem neuen Gebäude mache der Medizincampus Davos einen weiteren Schritt in Richtung eines bedeutenden Kompetenzzentrums für Forschung und Ausbildung. Zudem werde die Schaffung neuer Arbeitsplätze begünstigt. Durch die neue Infrastruktur sollen innerhalb der nächsten zehn Jahre auf dem Areal nämlich mindestens 45 neue, hoch qualifizierte Arbeitsplätze entstehen. (red)

## Mehr Ruhe für Landquart und Zizers

Das Tiefbauamt Graubünden sowie die Gemeinden Landquart und Zizers haben Lärmsanierungsprojekte für die Kantons- und Gemeindestrassen in den jeweiligen Gemeinden ausarbeiten lassen. Dies gestützt auf die Sanierungspflicht von Verkehrsanlagen. Die Bündner Regierung hat diese Projekte nun genehmigt. Wie die Standeskanzlei in einer Mitteilung schreibt, soll der Lärm unter anderem mit der Einführung von Temporeduktionen von zehn Stundenkilometern entlang der untersuchten Strassen gemindert werden. Bei bestimmten Strassenabschnitten würden die alten Beläge etappenweise durch den üblicherweise vorgesehene Standardbelag ersetzt. Auch im Ortsteil Igis wird laut Mitteilung aus Lärmschutz- und Sicherheitsgründen auf der Stations- und Kreuzwiesenstrasse Tempo 30 eingeführt. Aus der Umsetzung resultiere eine Tempo-30-Zone für ein zusammenhängendes Gebiet in den Gemeinden Landquart und Zizers, was zu einer erhöhten Lebensqualität und Verkehrssicherheit führe. (red)

ANZEIGE

## GKB Anlage-Fokus

# EZB unter Zugzwang

Daniel Lüchinger



Die Inflation steigt auch in der Eurozone weiter an und überrascht mit einem Aufwärtstrend. Mit einer Jahresrate von 7,5 Prozent im März gegenüber 5,9 Prozent im Februar und erwarteten 6,7 Prozent auf Jahressicht hat die Inflation nun ein Allzeithoch erreicht. Die Teuerung kommt somit fast beim Vierfachen des mittelfristigen Zieles von zwei Prozent der Europäischen Zentralbank (EZB) zu stehen. Der Einmarsch der russischen Streitkräfte in die Ukraine führt zu einem zusätzli-

chen Inflationsschock, insbesondere bei Energie- und Lebensmittelpreisen. Das primäre Mandat der Währungshüter, nämlich die Gewährleistung der Preisstabilität, wird derzeit nicht erfüllt. Der Druck auf die EZB steigt und es wird schwieriger, ihre ultralockere Geldpolitik zu rechtfertigen. Zwar unternahm die Zentralbank bereits im März einen Schritt zur Normalisierung ihrer expansiven Politik, indem sie die Reduktion der Anleiheaufkäufe beschleunigte. Die Tür für erste Zinserhöhungen wurde an der letzten Sitzung aber nicht geöffnet.

Daher blickten die Anleger am vergangenen Donnerstag gespannt nach Frankfurt, wo die Europäische Zentralbank über den weiteren geldpolitischen Kurs entschied. Erwartungsgemäss wurden die Leitzinsen nicht an-

gepasst. Nichtsdestotrotz musste EZB-Chefin Christine Lagarde eingestehen, dass die Inflationsrisiken klar höher ausfallen, als von der Zentralbank erwartet. Die Effekte des Kriegs in der Ukraine auf die wirtschaftliche Aktivität sind grösser als noch im März erwartet. Die Finanzmärkte, welche die Erwartungen der künftigen Ausrichtung der Notenbankpolitik widerspiegeln, rechnen mit zwei Leitzinserhö-

hungen um jeweils 25 Basispunkte bis zum Jahresende.

Die Zinswende ist eingeläutet. Bereits im vergangenen Monat unternahm die US-Notenbank Fed einen ersten Zinsschritt und zeigte sich sehr entschlossen, die Zinssätze schnell und deutlich anzuheben. Auch zeigen die Währungshüter jenseits des Atlantiks eine hohe Bereitschaft, rasch ihre Bilanz zu verkürzen. Die Inflationsbekämpfung steht zuoberst auf ihrer Agenda.

Die hohen Energie- und Rohstoffpreise sorgen für eine spürbare Verlangsamung der Weltwirtschaft und noch höhere Inflationsraten. Dies zu einem Zeitpunkt, in welchem die Teuerungssituation bereits angespannt ist. So stiegen beispielsweise auch in der Schweiz die Konsumenten-

tenpreise im Februar und März so stark wie seit der Finanzkrise nicht mehr. Die Notenbanken reagieren normalerweise zögerlich auf eine konjunkturelle Abschwächung. Die steigende Inflation lässt den Währungshütern allerdings keine andere Wahl, als die Leitzinsen zu erhöhen. Wir erwarten, dass die EZB die Zinsen in diesem Jahr dreimal erhöhen wird. Danach ist auch ein erster Zinsschritt der Schweizer Notenbank SNB wahrscheinlich. In diesem Umfeld gewinnen kurzlaufende Anleihen zunehmend wieder an Attraktivität.

\* Daniel Lüchinger, Leiter Research und Anlagentechnik bei der Graubündner Kantonalbank [gkb.ch/investieren](http://gkb.ch/investieren)

Eine Kooperation mit der Graubündner Kantonalbank

«Die Inflation fällt klar höher aus als von der EZB erwartet.»